INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 € | 26. SEPTEMBERE 2023 | **AUSGABE 04.2023**

Der Rote Hahn

WWW.**DIELINKE-FFO.DE** FACEBOOK.COM/**DIELINKEFFO** INSTAGRAM.COM/**DIELINKE_FRANKFURTODER**

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Frieden und soziale Gerechtigkeit, das sind die beiden zentralen Themen des durch den 8. Kreisparteitag präzisierten Kurses der Frankfurter LINKEN mit Blick auf 2025 – dem Jahr der voraussichtlich nächsten Bundestagswahl.

„Für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ war auch das Motto der zentralen Steckaktion mit der DIE LINKE. Frankfurt (Oder) am 27. August 2023 die Umsetzung der Kampagne „#umsteuern, Holen wir uns den Reichtum zurück!“ startete. In die Briefkästen von etwa 3.000 Haushalte wurden Flyer mit den vier Kampagnenforderungen der LINKEN, dem Angebot „DIE LINKE hilft. Sozialberatung zu Wohngeld, Kinderzuschlag, Bürgergeld, Grundsicherung im Alter, Elterngeld, Patientenverfügungen“ und dem Aufruf des Friedensnetz Frankfurt (Oder) zum Weltfriedenstag am 1. September gesteckt für die eine Sonderausgabe unseres Infoblattes Der Rote Hahn den „Mantel“ bildete.

„Die Waffen nieder! Nein zum Krieg! Abrüstung & Entspannung wählen! Brücken bauen!“ das sind die zentralen Forderungen des Aufrufs des Friedensnetz, der unterstützt wurde, durch PUERTO ALEGRO e. V., SODI! Solidaritätsdienst e.V., dem DGB-Stadtverband, VVN BdA und dem Kreisverband der Frankfurter LINKEN.

In dem fünfseitigen Papier „Damit die Hoffnung zurückkehrt – Unser Plan für ein gerechtes Land“, vorgestellt von Gregor Gysi und dem Co-Parteivorsitzenden Martin Schirdewan, skizziert DIE LINKE, wie die soziale Gerechtigkeit verbessert werden und die verunsicherte Bevölkerung wieder Hoffnung schöpfen kann. Das Papier ist defacto ein Gegenentwurf zur Krisenpolitik der Ampelregierung. Sein Grundtenor, die Bundesregierung muss jetzt endlich #umsteuern.

Ein solches #umsteuern wird die Ampelregierung, die offensichtlich von ihrem kleinsten Koalitionspartner FDP, dominierte wird, nicht freiwillig einleiten. Dazu braucht es eines Protestes, der durch ein breites Bündnis von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen aber auch von Bewegungen der Flüchtlingssolidarität und gegen Rechts getragenen wird. Nur so könnte es gelingen, wirklich zu einem Kurswechsel und einer anderen Haushaltspolitik zu kommen. *mg*

Umsteuern!
DIE LINKE. Frankfurt (Oder) startet Kampagne für soziale Gerechtigkeit
Seite 2

DIE LINKE als Friedenspartei:
"Bringe allen Menschen frieden"
Seite 4

Aus der Partei:
Gysi auf Werbetour
Seite 8

DIE LINKE in der Stadt
Mehr Tempo und Beteiligung beim Ausbau barrierefreier Haltestellen nötig
Seite 10

Umsteuern - Kampagne gestartet

Mit einer zentralen Steckaktion unter dem Slogan „Für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ startete DIE LINKE. Frankfurt (Oder) am 27. August 2023 die Umsetzung der Kampagne „#umsteuern, Holen wir uns den Reichtum zurück!“ vor Ort. Mit der Kampagne will DIE LINKE ihr Profil als Partei für soziale Gerechtigkeit schärfen und der Kreisverband seinen Zusammenhalt in der schwersten Krise der Partei seit 1990 stärken.

von Michael Große

Regenwolken am Himmel über Frankfurt (Oder) hielten 22 Mitglieder der LINKEN, darunter eins aus dem mittelfränkischen Nürnberg im Freistaat Bayern, nicht davon ab sich Sonntagnachmittag in den Räumlichkeiten der Partei in der Berliner Straße zu treffen. Ihr Ziel: Die Forderung der LINKEN „Superreiche und Konzerne gerecht besteuern!“, „Krisengewinne abschöpfen!“ um Menschen zu entlasten und das Bürgergeld um 200 Euro anzuheben in die Briefkästen von etwa 3.000 Frankfurter Haushalten zu bringen. Ergänzt durch das Angebot der Frankfurter LINKEN einer Beratung zur Beantragung von Wohngeld, Kinderzuschlag, Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und Elterngeld sowie zum Thema Patientenverfügung (siehe S. 11). Und da ohne Frieden alles nichts ist, gehörte auch der Aufruf des Friedensnetz Frankfurt (Oder) sich aus Anlass des 84. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf Polen am 1. September an der Friedensstele am Frankfurter Anger zu treffen, zu den gesteckten Flyern.

Nach einer kurzen Einweisung und der Übernahme des Materials ging es dann in alle fünf Stadtteile und dort in ausgewählte Bezirke. Nachdem das Steckmaterial aus den Umhängetaschen in die Briefkästen gelangt war, trafen sich die Akteur*innen wieder in den Räumlichkeiten der LINKEN zum gemeinsamen Ausklang der Aktion. Hier erwarteten sie schon ein Catering mit gegrillter Bratwurst, Salat und Getränken. Dieses hatten Genoss*innen vorbereitet, während die anderen in der Stadt unterwegs waren.

Durch das Kampagnenkernteam wird der Aktionstag als ein kleiner aber wichtiger Erfolg für den weiteren Verlauf der Kampagne gewertet. Solche gemeinsamen Aktionen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität des Kreisverbandes und ein Schritt dafür, das Vertrauen der Menschen in die Partei zurück zu gewinnen bzw. zu festigen.

Die Aktionstag wäre ohne gute Vorbereitung nicht möglich gewesen. So mussten die Der Rote Hahn-Sonderausgabe erstellt, der Druck des Steckmaterials organisiert und die Steckpäckchen zusammengestellt werden. Dazu kommt die Mobilisierung von Mitmachenden an der Steckaktion. 12 Genoss*innen beteiligten sich an dieser Vorbereitung. Ein Teil der insgesamt 26 Genoss*innen beteiligte sich sowohl an der Vorbereitung wie auch an der Durchführung. Der Kreisvorstand und das Kampagnenkernteam bedanken sich herzlich für das Engagement der 26 Genoss*innen.

Weitere Steckaktionen sind geplant – die nächste für den 15. Oktober. Um deren Wirksamkeit zu erhöhen, sollen diese durch weitere Aktionen, wie zum Beispiel Infostände, flankiert werden. DIE LINKE muss mit den Menschen ins Gespräch kommen! Allein aus der Vorbereitung einer Steckaktion ergeben sich diverse Mitmachmöglichkeiten. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich entsprechend ihren Möglichkeiten sowohl in die Vorbereitung wie auch Durchführung der nächsten Aktion einzubringen. Und selbstverständlich sind auch Sympathisant*innen als Unterstützer*innen herzlich willkommen (Kontaktdaten S. 11).

DIE LINKE - einzige Friedenspartei im Bundestag

von Horst Dahlmann

Am 9. August erinnerte das Bündnis Friedensnetz Frankfurt (Oder), dem DIE LINKE zugehört, in einer Mahnwache an die Opfer der Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki. Friedensnetz und LINKE eint die Forderung, dass die BRD endlich dem seit 2021 bestehenden internationalen Atomwaffensperrvertrag beitritt.

Friedensforscher erheben warnend ihre Stimme, dass die Gefahr eines Atomkrieges gegenwärtig vergleichbar ist mit ihrem Höhepunkt während des Kalten Krieges. Die atomare Bedrohung ist Gipfel eines seit Jahren bestehenden Rüstungsbooms, und zwar bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Laut Veröffentlichungen des Friedensforschungsinstituts Sipri werden global acht Jahre in Folge die Ausgaben für Rüstung erhöht. Sie betragen weltweit etwa 2,2 % des Bruttoinlandsproduktes.

Die Militärausgaben der europäischen Staat haben während des Ukraine-Krieges das Niveau des Höchststandes im Kalten Krieg erreicht. Die Bundesregierung erhöhte 2022 das Rüstungsbudget um 2,3 %. Das vom Bundestag beschlossene Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wird in den nächsten Jahren zu einem noch stärkeren Anstieg der Militärausgaben führen. Nur die Fraktion der LINKEN lehnte diesen Beschluss ab. Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Lieferant von Kriegsmaterial an die Ukraine. Mit immer neuen Zusagen für die Lieferung von Militärtechnik, auch von Offensivwaffen, und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an modernster Kriegstechnik an der aus den USA auf deutschen Übungsplätzen wird die BRD zur Kriegspartei.

Die von der Ampelkoalition beschlossene nationale Sicherheitsstrategie zielt auf eine deutsche Führungsposition innerhalb der NATO in Europa. Mit der Definition Russlands und Chinas als strategische Konkurrenten wird ein Feindbild umschrieben. Der Kommandeur des Zentrums für Innere Führung der Bundeswehr Generalmajor Markus Kurczyk macht unmissverständlich deutlich, worum es geht: „Anders als vor 20, 30 Jahren ist es heute viel herausfordernder geworden, junge Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen.“ Kurczyk weiter: „Es geht nicht darum, welche Waffensysteme wir haben, es geht darum, ob wir Menschen haben, die bereit sind, für Deutschland in den Krieg zu ziehen. Die bereit sind, für ihre Überzeugung, für unsere Werteordnung bis ans Ende der Welt u gehen.“

Im Klartext fordert der für die politische Arbeit in der Bundeswehr verantwortliche General von den in der Bundeswehr dienenden jungen Frauen und Männern ihr Leben für die „regelbasiete Weltordnung“ zu riskieren. So ein von der grünen Außenministerin Annalena Baerbock definierter Anspruch. Es gibt im Völkerrecht weder einen Vertrag noch den Begriff „regelbasiert“.

Die unter Dominanz der USA sich selbst erklärende westliche Wertegemeinschaft ist zur Sicherung ihres Machterhalts politisch, ökonomisch und militärisch bestrebt, den Völkern die Gesellschaftsordnung zu diktieren, in der sie zu leben haben.

„ … Bringe allen Menschen Frieden“

von Sonnhild Grünberg

Etwa 60 Menschen bekannten sich mit ihrer Anwesenheit zu dem Anliegen des Gedenktages 84 Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Das Friedensnetz Frankfurt (Oder) hatte zu der gemeinsamen Kundgebung und dem folgenden Marsch von der Friedensstele am Anger zur Kunstinstallation „Sorry“ neben der Brücke bis zur Friedensglocke aufgerufen. Die Information war sowohl in der Lokalpresse als auch auf den Handzetteln zu lesen, die am vergangenen Sonntag Bestandteil der Steckaktion der Frankfurter LINKEN waren.

Das Friedensnetz Frankfurt (Oder), die LINKE ist auch darin vertreten, gehört zu den Unterzeichnern des Aufrufs:

“ Nein zu Aufrüstung und Krieg“, der von der Antikriegskoordination Berlin im Juli dieses Jahres veröffentlichte wurde. Alle Redner (leider trat niemand von der Partei DIE LINKE auf) bezogen sich auf die darin ausgedrückte Solidarität mit den „… Menschen in der Ukraine, in Russland und weltweit, die unter Krieg und seinen Folgen leiden“. Es gelte, die zu benennen und zu bekämpfen, die in Deutschland, in Europa und weltweit die Nutznießer dieses Krieges sind – wozu auch die herrschende Klasse in Russland gehört - und die, die auf der Welle des Nationalismus und des Fremdenhasses schwimmen. Abgelehnt werden Aufrüstung und Militarisierung. Vielmehr müssten die vielen Milliarden an Geld für die Lösung der dringenden sozialen und globalen Probleme eingesetzt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, „… die Waffenlieferungen zu stoppen und sich für einen Waffenstillstand…“ einzusetzen.

Für all das muss und will sich die Friedensbewegung einsetzen.

Der Klang der Friedensglocke erinnert immer noch und wird immer wieder an den Schwur: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ erinnern.

Denn: Der Schoß ist fruchtbar noch …

Damit die Hoffnung zurückkehrt

Unser Plan für ein gerechtes Land

Von **Martin Schirdewan** (Vorsitzender der Partei DIE LINKE) und **Gregor Gysi**

„Unser Plan für ein gerechtes Land“ haben Martin Schirdewan (Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE) und Gregor Gysi (Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE) während einer Pressekonferenz am 24. Juli vorgestellt

von Michael Große

Das Papier ist ein Gegenentwurf zur Krisenpolitik der Ampel-Regierung, zu deren Start Bundeskanzler Olaf Scholz Aufbruch und Fortschritt hat versprochen hat. „Die Wahrheit ist, noch nie war die Bundesrepublik sozial so gespalten wie jetzt: Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, d. h. mehr als 42 Millionen Menschen. Dieses Jahr wollen die Dax-Konzerne über 75 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten: Aber für die Sanierung von Schulen oder Schwimmbädern soll kein Geld da sein.“ steht im Papier.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, „jetzt dringend umsteuern und den Menschen Verlässlichkeit in Zeiten des Umbruchs und der Krisen bieten.“

Vorgeschlagen wird ein gesetzlicher automatischer Inflationsausgleich für alle Löhne und Gehälter, wie in Belgien, Luxemburg, Malta und Zypern. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von mindesten 14 Euro sowie eine Lohnoffensive Ost, mit dem Ziel, „die Löhne in den neuen Ländern bis Ende 2025 (dem Ende der Legislaturperiode) zu 100 Prozent an das Westniveau anzugleichen.“ Dies kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften erreicht werden.

Zum Thema Umsteuern soll laut Plan die 1997 durch die damalige Bundesregierung ausgesetzte Vermögenssteuer für Millionäre wieder eingeführt werden. Dies bringt „mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr ein, die den Ländern und damit den Kommunen für Investitionen zur Verfügung stehen.“ Die Krisengewinne der großen Energiekonzerne, Wohnungsunternehmen und Lebensmitteldiscounter sollen durch eine Übergewinnsteuer abgeschöpft und in der Preis-Krise umgesteuert werden. „Allein im Jahr 2022 hätten wir im Energiesektor 100 Milliarden Euro durch eine Besteuerung der Übergewinne einnehmen können.“ Bis zum Ende der Preiskrise soll ein rückwirkender Inflationsausgleich bei Renten, BAföG, Elterngeld und Sozialleistungen die Menschen entlasten.

Zur Sicherung der Rente fordert DIE LINKE „Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente erhalten bleiben. Für Zeiten im Niedriglohnsektor wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost und West eine Höherbewertung in der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.“

Um die Mieten bezahlbar zu machen, wird ein Stopp der Mieterhöhungen und ein Mietendeckel gefordert. „250 000 Sozialwohnungen pro Jahr müssen geschaffen werden.“

Um den Rechtsruck entgegenzutreten braucht es eine umfassende Unterstützung für die Zivilgesellschaft und Aufklärung gegen rechts. Den Menschen muss gezeigt werden, dass die Politik handlungsfähig ist und Krisen überwinden statt nur verwalten. Dazu sind offensiv die sozialen Themen anzugehen.

Um die Zukunft zu erbauen wollen wir öffentlichen Reichtum statt öffentlichem Mangel. Mit einer Steuerreform sollen Mehreinnahmen für die Staatskasse generiert werden und gleichzeitig bei der Einkommensteuer jene Menschen, die 8.333,33 EUR brutto oder weniger im Monat verdienen, entlastet werden.

Und schließlich soll die Schuldenbremse abgeschafft werden, da sie Investitionen des Staates in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur blockiert.

Volltext hier: https://gleft.de/5lE

Themencafé „Neue, fremde Nachbarn“

DIE LINKE „plädiert dafür, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die angestammte Bevölkerung und geflüchtete Menschen zusammen zu denken.“

von Sonnhild Grünberg

Am 07.08. 2023 trafen sich Genossinnen, Genossen und Sympathisantinnen mit Genossin Andrea Johlige, Sprecherin u. a. für Migration und Integration für DIE LINKE. Fraktion im Landtag.

Ohne langem Vortrag konnten gleich Grundsätzliches, Kritisches, Erlebtes, Gesehenes und Erfahrungen vorgebracht und besprochen werden. Jede und jeder wird tagtäglich mit Schlagworten wie „illegale Migranten“, „Bevölkerungsaustausch“, „Bedrohung der inneren Sicherheit“, „Asylmissbrauch“, „Clankriminalität“ und so weiter und so fort konfrontiert, verbunden mit der Forderung nach härterem Durchgreifen.

Genossin Johlige machte darauf aufmerksam, dass in der verschärften öffentlichen Debatte um Migration Positionen der AfD und anderer extremistischen Kreise aufgegriffen und in Teilen demokratischer Parteien genutzt werden u. a. für die bevorstehenden Wahlkämpfe. Deshalb sei es dringend notwendig, kritisch die Politik der gegenwärtigen Regierungen im Bund und im Land unter die Lupe zu nehmen und die Position der LINKEN zu festigen und zu verbreiten als die einzige Partei, die das Menschenrecht auf Asyl, das international wie auch im Grundgesetz verankert ist, verteidigt. Das recht steht jedem Menschen zu.

Fakt ist, dass 2022 im Land Brandenburg 5481 Asylanträge gestellt und darüber hinaus 30.000 ukrainische Geflüchtete aufgenommen wurden. Zwar gab es im Land in der Zeit von Januar bis Mai d. J. eine erhöhte Zahl der Geflüchteten (einschließlich aus der Ukraine), aber weit von den 26.000 vorausgesagten für das ganze Jahr entfernt.

Die Forderung nach Schließung der Grenze zu Polen fand in der Diskussion an diesem Montag keine Zustimmung. Ihre Umsetzung würde nur die Fluchtwege verlagern und das inzwischen zum Alltag gehörende alltägliche Zusammenleben der deutschen und polnischen Nachbarn hier in der Stadt empfindlich stören.

Vielfältig war die Diskussion, als es konkret um die „neuen, fremden Nachbarn“ ging. Fakt ist, dass zum einen die Kommunen mit der Aufnahme von Flüchtlingen stark belastet, teilweise überlastet sind. Zum anderen fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemen von der Politik zu wenig beachtet.

In den Kommunen kommen durch die Aufnahme und Unterbringung weiterer Flüchtlinge die schon längst vorhandenen Probleme der sozialen Infrastruktur, zum Beispiel im Bildungs- und Gesundheitswesen und der Bereitstellung von Wohnraum, noch deutlicher zum Vorschein. Sozial bedürftige Menschen können noch weniger Unterstützung z. B. durch die Tafeln u. a. Hilfseinrichtungen erwarten. Auch auf dem Arbeitsmarkt ergibt sich eine veränderte Konkurrenzsituation.

Ein Kerngedanke der Politik der LINKEN im Land ist, „... die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die angestammte Bevölkerung und geflüchtete Menschen zusammen zu denken. Aus dieser Überlegung heraus gibt es keine 'Politik für Geflüchtete allein',sondern ein Fokus auf ein solidarisches Miteinander, das allen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen“ (Flüchtlingsratschlag II/23, Argumentationspapier der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag).

Um die brandenburgischen Kommunen zu unterstützen, schlägt die LINKE vor, wieder ein Integrationsbudget aufzulegen, wie es unter der vorherigen Landesregierung schon einmal als Gesetz bestand und somit mehr Gewicht habe. Das jetzige Förderprogramm setzt voraus, dass bei Einzelmaßnahmen die Kommunen einen Eigenanteil bis zu 30% beizutragen haben. Das ist für viele Kommunen nicht möglich und schließt so eine langfristige Planung erforderlicher Maßnahmen aus. Neben den Herausforderungen für die Verwaltungen ist auch die Aktion der Bürgerinnen und Bürger gefragt. Genosse Frank Hühner erläuterte, wie sich im Bundesprogramm „Demokratie leben“ die örtlichen Verwaltungen Hilfen holen können. Ein Teil davon ist die „Partnerschaft für Demokratie“ (s. Interview)

In der Diskussion wurde von vielen, zumeist positiven Erfahrungen beim Zusammenleben und bei der solidarischen Unterstützung für die „neuen, fremdländischen Nachbarn“ berichtet (s. Erfahrungsbericht) Dabei sprachen sie auch Schwierigkeiten an, die diese Menschen in dem für sie völlig fremden Land haben, wobei sie auch mit dem verbreiteten offenen und versteckten Rassismus fertig werden müssen.

Die Anwesenden waren sich einig, dass die Gespräche dazu oft schwierig, aber notwendig sind. Die Frankfurter Linken haben in der örtlichen Migrations- und Flüchtlingspolitik ein weites Betätigungsfeld.

Interview mit Frank Hühner

Sonnhild Grünberg: Du hast beim Themencafé auf das Bundesprogramm "Demokratie leben!" und den Handlungsbereich Kommunen hingewiesen. Stelle uns bitte in Kurzform dieses Programm vor.

Frank Hühner: Das Programm gibt es seit 2015 und fördert auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Maßnahmen zivilgesellschaftlichen Engagements für ein vielfältige demokratische Miteinander. Einen wichtigen Bereich im Programm nehmen die „Partnerschaften für Demokratie" ein, die auf kommunaler Ebene angesiedelt sind. Frankfurt (Oder) hat sich erfolgreich um eine Förderung beworben und hat eine Partnerschaft für Demokratie und eine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet. Hierfür erhält die Stadt aktuell Fördermittel in Höhe von 160.000 € im Jahr, mit denen verschiedene Projekte unterstützt werden.

Sonnhild Grünberg: Kommen wir auf unsere Stadt zu sprechen. Wie arbeitet die Partnerschaft für Demokratie vor Ort?

Frank Hühner: Orientiert an einem Handlungskonzept werden verschiedene Einzelmaßnahmen aus einem breiten Spektrum finanziell unterstützt. Ein Begleitausschuss bestehend aus Verwaltung und Zivilgesellschaft empfiehlt Projekte zur Förderung und legt Schwerpunkte der Partnerschaft fest. Insbesondere in 2015 und 2016 wurden mehrere Projekte gefördert, die im Rahmen des damaligen Zugangs von Flüchtlingen entstanden sind. Es gibt verschiedene Projekte des künstlerischen Zugangs zur Zukunft der Stadtgesellschaft. Eine Besonderheit stellt noch ein Jugendfonds dar für kleinere Maßnahmen von Jugendlichen für Jugendliche.

Sonnhild Grünberg: Wo siehst du den Platz und die aktive Teilhabe unseres Kreisverbandes der Partei DIE LINKE

Frank Hühner: DIE LINKE wird, wie alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und Wählergruppen, regelmäßig in den Ausschüssen über die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie informiert. Und dann ist die Partnerschaft für Demokratie auch im städtischen Haushalt abgebildet, über den die Stadtverordneten entscheiden. Bezogen auf Parteien muss erwähnt werden, dass Vorhaben von Parteien nicht über die Partnerschaft unterstützt werden können. Gleichwohl können Parteien auf die Partnerschaft und die dortigen Ziele aufmerksam machen und für diese werben. In der aktuellen politischen Situation stehen Partnerschaften und das gesamte Programm „Demokratie leben!" - insbesondere auf Landes- und Bundesebene - unter Druck durch populistische Kräfte. Dieser Druck nimmt aktuell auch auf kommunaler Ebene zu. DIE LINKE und andere Parteien des demokratischen Spektrums können hier konkret unterstützen, wenn sie sich für die Fortführung des Programms und der Partnerschaften und somit einer wehrhaften Demokratie auf kommunaler Ebene stark machen.

Sonnhild Grünberg: In unserer Stadt leben Stand 31.12.2022 8491 Menschen mit Migrationshintergrund. Täglich kommen weitere hinzu. Nicht alle bleiben hier, viele ziehen weiter. Wie und wo können sich die Frankfurter an einer gelingenden Integration der Hierbleibenden beteiligen?

Frank Hühner: Da bestehen vielfältige Möglichkeiten. Hierzu gehört sicherlich das offene aufeinander zugehen in der unmittelbaren Nachbarschaft oder das Engagements in Vereinen und Initiativen, die die Integration fördern. Aber auch die Unterstützung von neuen Kolleg:innen am Arbeitsplatz ist wichtig. Über die Integrationsbeauftragte der Stadt ist zu erfahren, wo Unterstützung gebraucht wird. Auch das Freiwilligenzentrum der Caritas kann hier Hinweise geben.

Sonnhild Grünberg: Ich danke dir im Namen der Leserinnen und Leser des Roten Hahns für das Gespräch, vor allem auch für die Anregungen bei der Integration mitzumachen.

Nachruf für Herta Scholze *von Erik Rohrbach*

Danke Herta Scholze, Danke für Liebe und Zuwendung im Hospiz

Das Leben der von mir sehr geschätzten Herta Scholze hat sich vollendet. Ich bin darüber sehr traurig. Es bleibt meine Genugtuung, sie zwei Mal im Hospiz, wo sie liebevoll und mit viel von Herzen kommender Zuwendung betreut wurde, besucht zu haben. Obwohl ich mit Herta Scholze nicht, verwandt war, verband uns viel. Vor allem die Liebe zum geschriebenen Wort in Buchform. Im Rückblick bin ich sehr stolz und glücklich zugleich, Herta Scholze bei zwei ihrer wunderschönen Bücher begleitet zu haben.

"Almanach der Emotionen" aus ihrer Feder ist das Beste, was ich an Gedichten und Liebeslyrik kenne. Folgerichtig, dass René Wilke und ich vorschlugen, Herta Scholze in das "Goldene Buch" der Stadt einzutragen, was 2013 auch erfolgte. Als ich Herta Scholze "Almanach der Emotionen" übergab, sah ich Stolz, Freude und sogar Tränen in ihren Augen, denen sie sich nicht schämte, obwohl sie diese hastig wegwischte. Unvergessen ihr Wort: "Ich hätte nie gedacht, dass mein Buch so schön wird". In unserer schnelllebigen Zeit werden Menschen, die unsere Welt verlassen, manchmal bald vergessen. Persönlich macht mich das sehr traurig. Aber, Albert Schweitzer hatte recht, als er den schönen Satz prägte: "Was der Mensch an Gutem in die Welt hinausgibt, geht nicht verloren".

Ich werde die Bücher von Herta Scholze erneut lesen. Das ist für mich dann wie ein Blick aus dem offenen Fenster, durch das

ich Herta Scholze so oft sehen kann, wie ich es will. Und, dieses Fenster wird mein Leben lang, offenbleiben. Trost finde ich in dem Wort von Honore Balzak: "Man lebt zwei Mal; das erste Mal in der Wirklichkeit, das zweite Mal in der Erinnerung".

Ehrenamt bei der DRK Flüchtlingshilfe in Eisenhüttenstadt – ein Erfahrungsbericht

von Gabi Krasert

Seit eineinhalb Jahren bin ich ehrenamtlich bei der DRK Flüchtlingshilfe Brandenburg in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Eisenhüttenstadt tätig. Dort unterstütze ich das Team der Sozialbetreuung. Das Team betreut die Kinder der Einrichtung in sehr liebevoll eingerichteten Spielzimmern.

Erwachsene Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung können sich künstlerisch oder sportlich betätigen, für Jugendliche gibt es einen Jugendclub. Für die Bewohnenden der Erstaufnahmeeinrichtung ist die Abwechslung in ihrem Alltag sehr wichtig. Ich engagiere mich in der Kinderbetreuung, das heißt, ich spiele, bastle, singe und tanze mit den Kindern.

Die Kinder haben dabei viel Spaß und Freude, und DRK-Mitarbeitenden der Sozialbetreuung und wir Ehrenamtlichen auch. Ich bin immer begeistert von den Bastelideen, die die Erzieherinnen und Erzieher stets haben, und habe dabei auch schon viel gelernt.

Bei schönem Wetter ist der Spielplatz sehr begehrt. Auch der „Fuhrpark“, bestehend aus Rollern, Dreirädern und Skateboards ist dann besonders gut besucht. Das Team der Sozialbetreuung hat insgesamt tolle Ideen, um für Abwechslung zu sorgen: Es gibt zum Beispiel immer wieder Feste auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung, die vom Team liebevoll und ideenreich vorbereitet werden. Die Feiern sind sehr beliebt bei den Kindern und den Erwachsenen.

Das letzte Sommerfest etwa haben die Kinder mit Gesang und Tanz eröffnet, und ein Chor der Erwachsenen trat auf – alles im Vorfeld mit den Betreuerinnen und Betreuern einstudiert. Sehr beindruckend für mich war, dass die Menschen unterschiedlicher Nationen fröhlich miteinander tanzten.

Beim Wasserfest, das im August gefeiert wurde, gab es Spiele, die alle mit Wasser zu tun hatten. In Vorbereitung auf dieses Fest bastelten die Kinder der Einrichtung mit der Sozialbetreuung Fische und Wasserschildkröten.

Immer eine willkommene Abwechslung für die Kinder sind außerdem die Ausflüge in die nähere Umgebung: der Wasserspielplatz Lübben, der Eisvogelpfad bei Pohlitz oder der Wildpark in Frankfurt/Oder sind wunderschöne Ausflugsziele.

Schon mehrfach freuten sich die Kinder der Erstaufnahmeeinrichtung über eine Fahrt mit der Bimmelbahn nach Neuzelle.

Die Kinder lernen durch die Angebote der Sozialbetreuung der DRK-Flüchtlingshilfe Brandenburg die Umgebung und die Natur kennen, sind sehr interessiert und wissbegierig.

Dieses Ehrenamt hat für mich auch oft sehr emotionale Momente. So ein Moment war, als auf dem Eisvogelpfad ein geflüchtetes Mädchen sagte, es sei zum ersten Mal in einem Wald. Mir macht diese Tätigkeit großen Spaß! Es ist eine Freude zu sehen, wie die Kinder aus den unterschiedlichen Nationen zusammenspielen, singen und tanzen. Ich habe auch einen sehr guten Kontakt zu allen Teammitgliedern und bin sehr dankbar, dass ich so in das Team integriert wurde.

Gysi auf Werbetour

von Michael Große

DIE LINKE ist keine Einheitspartei, sie ist eine Partei von bis, meint Gysi zu Beginn der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Frankfurt (Oder) am 07. September. Was das bedeutet, ließ er offen. Darauf gibt allerdings die Broschüre „Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht!“, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine Antwort. Laut dieser wird DIE LINKE von drei Teilprojekten geprägt: einem linkssozialdemokratischen Projekt (vor allem im Westen), einer Bewegungslinken als Bezugspunkt für die jüngeren und aktivistischeren Teile der Partei und einem Reformerlager (vor allem Osten). Jedes dieser Projekte gliedert sich nochmal in zwei bis drei Flügel.

Vielleicht, weil im Saal vor allem Vertreter*innen der älteren Alterskohorten saßen, vielleicht auch aus einem ganz anderen Grund, appellierte Gysi an diese, sich als Delegierte zu Parteitagen wählen zu lassen und das Feld nicht immer unbedingt den jüngeren zu überlassen. Dies kann als Anspielung auf den Erfurter Parteitag im Juli 2022 gewertet werden, auf

dem Vertreter*innen der Bewegungslinken und des Reformerlagers in der Mehrheit waren. Seitdem dominieren diese beiden Projekte den Parteivorstand, während das linkssozialdemokratische Projekt nicht mehr vertreten ist. Im letzteren ist der Anteil von Wagenknechtanhänger*innen besonders deutlich.

Mit Sahra Wagenknecht ist Gysi im Gespräch. Er möchte sie vom Verbleib in der Partei überzeugen. Womit er eine völlig andere Auffassung vertritt, wie die Bewegungslinke und die Progressive LINKE die mehr oder weniger deutlich Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger*innen auffordern, die Partei zu verlassen. In einem ist sich Gysi mit der Bewegungslinken und der Progressiven LINKEN aber einig: Wenn sie tatsächlich die Partei verlassen, dann sollten sie auf dem Ticket der LINKE erworbene Mandate zurückgegen.

„Bleibt in der Partei!“ forderte Gysi die anwesenden Mitglieder auf. Am Beispiel der Italienischen Kommunistischen Partei, die in ihren besten Zeiten 36 Prozent der Stimmen erhielt, machte er deutlich wohin Abspaltungen und Aufspaltungen führen. Die Abspaltungen wanken jetzt zwischen 0,2 und 0,9 Prozent. Das schwache Parteien, wie die Kommunistische Partei Österreich, auch wieder stark werden können, zeigen deren Erfolge in Salzburg und Linz. Was er aber weniger auf Abspaltungen als vielmehr auf DIE LINKE bezogen haben dürfte.

Wenn wir die Erwartungen der Bevölkerung an DIE LINKE nicht länger enttäuschen wollen, müssen wir uns endlich auf das Wesentliche konzentrieren, meint Gysi:

1. Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit
2. Reale Friedenspolitik
3. Ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung
4. Gleichstellung von Frau und Mann
5. Angleichung von Ost und West.

In der Diskussion wurden u.a. solche Themen angesprochen, wie Ursachenanalyse und -berücksichtigung, erforderliche politische Bildung für eine erfolgreiche politische Arbeit, sowohl für Funktionäre wie für Mitglieder, und dass die Zielgruppen der LINKEN nicht nur die sozial Abgehängten, sondern auch die Lohnabhängigen und der Mittelstand sind.

Alles in allen machte die Mitgliederversammlung das große Interesse an solchen Diskussionen deutlich. Mit regelmäßigen Kreismitgliederversammlungen könnte dieser Bedarf gedeckt werden, zugleich das Problem der Einbindung von Mitgliedern, die keinen Basisorganisation angehören, gelöst werden, aber auch interessierten Mitgliedern aus Basisorganisationen eine breitere Plattform angeboten werden.

Thälmann-Gedenken

von Stefan Kunath

„Die Thälmann-Büste im Kleist Park“ ist ein Gedicht, dass anlässlich des heutigen Gedenkens an Ernst Thälmann verfasst wurde. Zur Ehrlichkeit gehört, dass nicht ich dieses Gedicht verfasst habe und auch kein anderer Mensch. Tatsächlich wurde dieses Gedicht innerhalb weniger Sekunden von einer Maschine verfasst – von einer künstlichen Intelligenz.

In der modernen Geschichte der Menschheit hat es immer wieder Phasen technologischer Durchbrüche gegeben: Die industrielle Revolution mithilfe der Dampfmaschine, die technologische Revolution mithilfe von Computern oder jetzt die beginnende Revolution der künstlichen Intelligenz mithilfe von Algorithmen. Einerseits wurden durch neue Maschinen und Technologien gefährliche Arbeiten vereinfacht, andererseits haben sie auch immer wieder zu neuer Ausbeutung geführt.

Ein jüngstes Beispiel aus unserer Region: Nicht wenige Kilometer von Frankfurt entfernt steht in Grünheide die Tesla-Fabrik. Mithilfe künstlicher Intelligenz will Tesla eines Tages das vollständig autonome Fahren ermöglichen. Einerseits. Andererseits ist Tesla-Chef Elon Musk mit rund 225 Mrd. US-Dollar Vermögen heute der reichste Mensch der Welt. Zum Vergleich: Wer seit Fertigstellung der Pyramiden in Ägypten vor 3.500 Jahren jeden Tag 100.000 Euro verdient hätte – jeden Tag! – der hätte heute ein Vermögen, das nur halb so groß wäre wie das von Elon Musk. Das hat jüngst die KPÖ Österreich vorgerechnet. Wir schaffen mit unserer täglichen Arbeit den Reichtum, den wenige Menschen wie zum Beispiel Elon Musk einstreifen.

Ernst Thälmann wollte eine andere Gesellschaft ohne derartigen obszönen Reichtum. Dies hat er letztendlich mit seinem Leben bezahlt. Vor 79 Jahren wurde er durch die Nazis im KZ Buchenwald ermordet. Deshalb ist sein heutiger Todestag – der 18. August – für uns ein Tag zum Erinnern, Gedenken und Mahnen.

In diesem Sinne versteht dieses Gedicht bitte als kleine bescheidene Würdigung für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich in den vergangenen Jahren mit viel Ausdauer und Leidenschaft dafür eingesetzt haben, dass im Kleist Park die Thälmann-Büste wieder angebracht wird. Sie war im November 2019 von Unbekannten gestohlen worden. Ein Ersatz der Büste wurde mithilfe vieler Spenden organisiert. Vielen Dank für euer Engagement und die Pflege der Gedenkstätte!

Die Thälmann-Büste im Kleist-Park
Im Kleistpark, dort im stillen Hain,
Steht eine Büste, stark und rein,
Ernst Thälmann, Mann von Kraft und Mut,
Sein Name glänzt, wie strahlend Gut.

Die Büste im Park, ein stilles Zeichen,
Für Solidarität, die nie wird weichen,
Ernst Thälmann, in unserer Erinnerung lebt,
Sein Vermächtnis uns Kraft und Hoffnung gibt.

Mehr Tempo und Beteiligung beim Ausbau barrierefreier Haltestellen nötig

von Anja Kreisel und Stefan Kunath

In Bezug auf den Artikel "Bus in Frankfurt (Oder): Frau im Rollstuhl darf am SMC nicht aussteigen" der Märkischen Oderzeitung vom 19. Juli 2023 kritisiert DIE LINKE. Frankfurt (Oder) die schleppende Umsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr und fordert die zeitnahe Realisierung einer barrierefreien Haltestelle am Spitzkrug Multi Center (SMC).

Anja Kreisel, Kreisvorsitzende der DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt, äußert sich besorgt über die aktuelle Situation: "Es ist inakzeptabel, dass Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt immer noch nicht vollständig am öffentlichen Leben teilhaben können. Die Tatsache, dass Jutta Domnick, eine Frau im Rollstuhl, nicht mit dem Bus zum SMC fahren kann, ist ein klares Zeichen dafür, dass wir noch weit von echter Barrierefreiheit entfernt sind. Es darf nicht vergessen werden: Barrierefreiheit nützt uns allen."

Stefan Kunath, ebenfalls Kreisvorsitzender der LINKEN Frankfurt (Oder) sowie Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss ergänzt: "Stadt, Land und Bund haben sich zum Ziel gesetzt, den Anteil des Bus- und Straßenbahnverkehrs kontinuierlich zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist Zuverlässigkeit. Deshalb ist es in unserer Stadt mit zunehmend älterer Bevölkerung ein Problem, wenn Menschen wie Jutta Domnick plötzlich ohne eigenes Verschulden nicht mehr mit dem Bus mitgenommen werden. Was ist jetzt zu tun? Erstens: Stadtverwaltung und SVF sollten den aktuellen Gesamtinvestitionsbedarf für barrierefreie Haltestellen transparent machen. Zweitens: Die Gültigkeit des Nahverkehrsplans endete 2022. Bei der anstehenden Fortschreibung sollten der Behinderten- sowie der Seniorenbeirat bei der Prioritätenliste für barrierefreie Haltestellen stärker einbezogen werden. Drittens braucht es auch mehr Unterstützung durch das Land Brandenburg. Mit den Landeszuschüssen an die Verkehrsunternehmen lassen sich kaum die steigenden Energie- und Personalkosten decken, vom dringend nötigen Ausbau der Barrierefreiheit ganz zu schweigen."

Anja Kreisel verweist auf die Tatsache, dass der Planungsstand am SMC über erste planerische Ansätze scheinbar nie hinausgegangen ist: "Das ist enttäuschend. Die Verantwortung darf hier nicht weiter zwischen unserer Stadtverwaltung und dem SMC-Betreiber hin und her geschoben werden. Es ist höchste Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen."

DIE LINKE wird den Ausbau barrierefreier Haltestellen nach der Sommerpause im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz auf die Tagesordnung setzen.

Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“

Eine Ausstellung der Assoziation „Kinder des Holocaust“ Polen mit Unterstützung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau

Während der deutschen Okkupation Polens im Zweiten Weltkrieg konnten etwa 5.000 von annähernd einer Million jüdischen Kindern gerettet werden, weil sie von ihren Eltern in die Obhut polnischer Familien gegeben wurden. Die Polinnen und Polen, die sich eines Kindes annahmen, wurden später oft auch seine Eltern. Im Allgemeinen hielten sie die Adoption geheim, einige enthüllten die Wahrheit vor ihrem Tod, andere nahmen sie mit ins Grab.

Die Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“ porträtiert beispielhaft 15 Personen, geboren zwischen 1939 und 1942, die die erschütternde Geschichte ihres Lebens erzählen und von der Suche nach Spuren ihrer jüdischen Verwandten, Namen und Geburtsdaten berichten.

https://gleft.de/5lD

vom 04.09.2023, 10:00 Uhr
bis 20.10.2023, 19:00 Uhr

Volkshochschule Frankfurt (Oder)
Gartenstr. 1
15230 Frankfurt (Oder)

Sprechzeiten der Kreisgeschäftsstelle

Mittwoch	10:00 – 18:00 Uhr
Kassenzeit am Mi	14:00 – 18:00 Uhr
Donnerstag	09:00 - 10:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar.

60 % der Leistungsberechtigten nehmen laut Deutschem Institut für Wirtschaft (DIW) die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch. Gründe dafür sind Unkenntnis und Überforderung beim Ausfüllen der Anträge. Viele verzichten, weil sie keine Bittsteller sein wollen.

Leistungsberechtigte sollten ihnen zustehende Leistungen beantragen. Das sie darauf angewiesen sind, hat nichts mit ihrem eigenen Versagen zu tun, wie es gern durch konservative Politiker:innen oder Medien suggeriert wird und leider auch von nicht wenigen Betroffenen so geschluckt wird. Viele Menschen mit geringem Einkommen sind anspruchsberechtigt, auch ohne Bürgergeld. **DIE LINKE hilft dabei, die Leistungen zu beantragen!**

Termine Sozialberatung:

donnerstags 15:00 bis 18:00 Uhr
Schwerpunkt: Wohngeld und Kinderzuschlag

freitags 10:00 bis 13:00 Uhr
alle Themen

Ort:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Berliner Str. 38
15230 Frankfurt (Oder)

Website:
www.dielinke-ffo.de/hilft

Telefon:
0152 02031077

E-Mail:
sozialberatung@dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

28. September 2023, 09:00 bis 12:00 Uhr

Treffen der AG Seniorinnen & Senioren

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

28. September 2023, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn

Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

02. Oktober 2023, 17:00 bis 19:00 Uhr

Themencafé mit LINKEN Landtagsabgeordneten Andreas Büttner

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

03. Oktober 2023, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn

Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

11. Oktober 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

12. Oktober 2023, 14:00 bis 17:00 Uhr

Treffen langjähriger Mitglieder

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

12. Oktober 2023, 19:00 Uhr

Treffen der Regionalgruppe

Havanna-Bar

Ziegelstr. 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

01. November 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

03. November 2023, 18:00 Uhr

Versammlung zur Wahl der Direktkandidatur zur Landtagswahl 2024

nähere Informationen werden veröffentlicht auf:

www.dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

06. November 2023, 17:00 bis 19:00 Uhr

LINKES Themencafé

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

07. November 2023, 09:00 bis 12:00 Uhr

Treffen der AG Seniorinnen & Senioren

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Str. 38

Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

08. November 2023, 19:00 Uhr

Treffen der Regionalgruppe

Havanna-Bar

Ziegelstr. 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

16. November 2023, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn

Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

23. November 2023, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn

Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

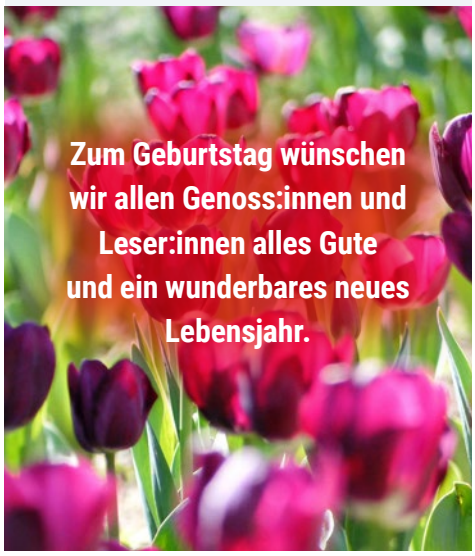
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

28. November 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung

Geschäftsstelle der LINKEN

Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)



IMPRESSUM

Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzende Anja Kreisel & Stefan Kunath
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

(0335) 4002047
(0335) 4002031
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
http://gleft.de/45M
https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn
https://facebook.com/dielinkeffo
https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn
Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, **Sonnhild Grünberg**,
Elke Thiele, **Joachim Wawrzyniak**

Satz und Druck: **Tom Berthold, Willi Wallroth**

Spendenkonto:
Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Auflage: 500

Die nächste Ausgabe erscheint am: 06.12.2023

Einsendeschluss: 29.10.2023

Kontakt:

der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

www.dielinke-ffo.de